Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 3 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kotillon- Tafellieder-Enveloppen * Zigarren-Etuis Tafeldekorationen * Knallbonbons für Hochzeits- u. Familienfestlichkeiten
Fabrik und Lager. Oscar Fischer, 21 Am See 21.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 5 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile ca. 8 Silben 30 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38

Adolf Näter, Prager Strasse 26
Fabrik feiner Lederwaren
Weihnachts-Neuheiten.

Aug. Reinhardt
9 Seestrasse 9.
Bewährte Präzisions- und kurante Uhren.
Spezialität: Eigenes Fabrikat.
Lager feinster Uhrketten und Ringe.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Spezialität: Vernickeln und Schärfen von Schlittschuhen aller Systeme
Dresdner Vernicklungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Nr. 338. Spiegel: Ministerkrisen in Spanien. Hofnachrichten, Oekonom. Gesellsch., Sächs. Armee. Seminar-Neubau in Striehlen. Ballettrem u. Zentrum, Marokko. Kupferstichkabinett. | Mutmaßl. Witterung: Kalt, zunehm. Trübung. | **Sonnabend, 8. Dezember 1906.**

In Spanien

jagt eine Ministerkrisis die andere. Seit 1½ Jahren sind vier Ministerien in der Versenkung verschwunden und das fünfte, das den Marquis Aquilar de la Vega de Armijo zum Chef hat, ist soeben als neueste Schöpfung auf der Bildfläche erschienen. In dieser Unsicherheit der Regierung spiegelt sich der große, das Land auf das tiefste erschütternde Gegensatz wider, an dem das politische Leben in Spanien krankt. Es ist derselbe Kampf der Geister, der in der französischen Nachbarrepublik von einer in diesem einen Punkte unerbittlich tatkräftigen und zielbewußten Demokratie zu ungunsten der klerikalen Herrschsucht und Unduldsamkeit entschieden worden ist. Die französischen Kulturkämpfer haben freilich auch leichteres Spiel gehabt; denn ihnen war die Bahn frei gemacht durch die Umwälzungen und Ueberlieferungen der großen Revolution, die in 100jähriger Wirksamkeit ein der Denk- und Geistesfreiheit völlig ergebenes Volk herangebildet haben. Nur die Tatsache, daß die Politik des Antiklerikalismus im modernen Frankreich die festen Wurzeln ihrer Kraft in den breiten Bevölkerungsschichten selbst findet, konnte der Bewegung zur völligen Trennung von Staat und Kirche den durchschlagenden Erfolg sichern, der ihr über allem Wechsel der einzelnen Regierungen, über alle Unsicherheiten der inneren und äußeren Lage hier nach schweren, jahrzehntelangen Kämpfen beschieden gewesen ist.

Hält man die spanischen Verhältnisse dagegen, so läßt sich nur sagen: „Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!" Da steht auf der einen Seite eine in römischem Drill wohlgeschulte Armee von Priestern, Nonnen und Mönchen, die sich von keines auch noch so entfernt modernen Gedankens Blässe irgendwie ankränkeln läßt, die einen förmlichen Staat im Staate bildet, sich hinter ihren vom Arme der weltlichen Gewalt unerreichbaren Klostermauern verschanzt und, geführt von herrschgewaltigen, übermütigen Bischöfen, dem Staate und seinen kulturellen Bestrebungen Hohn spricht. Dabei sind die spanischen Priester auch noch die bestbezahlten der Welt und leben wie ein Herrgott in Frankreich, während das Volk zum größten Teile ebensosehr in geistiger wie in leiblicher Armut dahinschmachtet und in Schulen, die fast ausschließlich von Priestern geleitet werden, planmäßig in Dummheit und Aberglauben gefesselt erhalten wird. Die Herrschaft der römischen Priesterkaste geht in Spanien so weit, daß bisher als der eigentliche Regent des Landes der päpstliche Nuntius gelten mußte, von dem die in Ehrfurcht und Unterwürfigkeit ersterbenden klerikalen Regierungen sich ihre Weistümer über die von ihnen zu befolgende, dem Vatikan genehme Politik zu holen pflegten. Noch bis in die letzte Zeit hinein hat sich der Einfluß des Nuntius in Madrid mächtig genug erwiesen, um unbequeme Kabinette, die wider den jesuitischen Stachel zu lecken wagten, aus den Angeln zu heben. Ein sehr drastisches Beispiel dafür bietet das Schicksal des jüngsten liberalen Kabinetts Lopez Dominguez, dessen durchgreifende Kloster- und Schulreform den Klerikalen ein Greuel der Verwüstung war. Der Nuntius löste die ihm zufallende, immerhin nicht ganz leichte Aufgabe, die Volksaufklärungsabsichten des Kabinetts Dominguez zu durchkreuzen, mit Hilfe einer echt jesuitischen Taktik, indem er sich an einen innerlich abtrünnigen Demokraten, den äußerlich noch zum Liberalismus sich bekennenden Herrn Moret heranmachte und diesen auf den Sessel des Ministerpräsidenten lancierte, nachdem die klerikale Hofkamarilla es fertig gebracht hatte, den König zu einem offenen Mißtrauensvotum gegenüber dem Kabinett zu veranlassen, das Herrn Dominguez keine andere Wahl ließ, als zurückzutreten. Der famose Herr Moret trat nun mit der Maske eines Gegners des Klerikalismus in die Arena und suchte in dieser Vermummung seinen Feldzugsplan zu verwirklichen, der darin bestand, das Vereins- und Schulgesetz des vorigen Kabinetts als angeblich nicht weitgehend genug zu verdächtigen, dadurch Zwiespalt im liberalen Lager selbst hervorzurufen und in dem so geschaffenen Tohuwabohu alle ernsthaften kulturkämpferischen Ansätze der Gesetzgebung versinken zu lassen.

Soweit war alles sehr fein eingefädelt. Herr Moret und der Nuntius hatten aber doch die Rechnung ohne einen Faktor gemacht, der, wenn er auch noch keine beherrschende Stellung im öffentlichen Leben Spaniens einnimmt, doch immerhin in der Gegenwart nicht mehr schlechterdings ignoriert werden kann. Der spanische Liberalismus, der der klerikalen Phalanx im jenseitigen Heerlager gegenübersteht, mag zahlenmäßig schwach sein, aber er darf dafür in geistiger und ethischer Hinsicht als eine Elitetruppe gelten, die an allgemein befruchtender Lebenskraft ihren Gegnern weit voraus ist und an Kriegsfreudigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der liberalen Kreise hatte sich ob der hinterhältigen Machenschaften des Nuntius im Verein mit Herrn Moret eine solche Erbitterung bemächtigt, daß sie von dem Augenblicke an, wo die Intrige klar lag, alle Meinungsverschiedenheiten über die antiklerikale Gesetzgebung zurückstellten und sich mit vereinten Kräften gegen das Kabinett Moret wandten, das diesem Ansturm alsbald erlag. An Stelle des Herrn Moret ist nunmehr der bereits genannte Marquis Vega de Armijo getreten, der im raschen Zuge sein Kabinett zu stande gebracht hat. Vega de Armijo ist ein gemäßigter Liberaler von erprobter antiklerikaler Gesinnung, der in dem Grafen Romanones als Minister des Innern den geeigneten Mann erwählt hat, um dem Lande das zu geben, was es unbedingt in erster Linie nötig hat, eine Hebung des geistigen Niveaus seiner Bevölkerung, die zu dem Zwecke vor allen Dingen von der jetzigen unbeschränkten Bevormundung durch das herrschsüchtige römische Priestertum befreit werden muß. Der spanische Staat muß den ihm gebührenden Einfluß auf die Schule gewinnen oder er muß als solcher überhaupt abdanken und sich auf Gnade und Ungnade für alle Zeit dem Jesuitismus ausliefern. Das letztere aber wird nicht geschehen, solange noch ein Atemzug in den Vertretern des liberalen Gedankens ist, die begreifen, daß der jetzt entfachte Kampf bis zum äußersten durchgeführt werden muß. Mars also regiert die Stunde, in der das Kabinett Vega de Armijo ans Ruder gelangt ist. Die beiden großen kulturellen Aufgaben, die für Spanien im Vordergrunde alles politischen Interesses stehen, die Unterstellung der Klöster unter das allgemeine Vereinsrecht, damit die Priester sich nicht ferner vor jedem Zugriff der staatlichen Gewalt in ihre Klöster wie in uneinnehmbare Festungen verschanzen können, und die Umkleidung des Schulunterrichts mit gewissen gesetzlichen Garantien, die die Erreichung des schulmäßigen Bildungszweckes gewährleisten, werden den Prüfstein der staatsmännischen Befähigung des Marquis Vega de Armijo bilden. Die liberalen Gruppen haben ihm in richtiger Würdigung der politischen Lage vorläufig ihre Unterstützung zugesagt. Zeigt der neue Kabinettschef bei der Verfolgung der genannten beiden Hauptpunkte des liberalen Programms die erforderliche Energie und läßt er sich durch keine klerikalen Angriffe, mögen sie offen oder hinterrücks erfolgen, aus der Fassung bringen, so liegt ein endgültiger Erfolg seiner Amtstätigkeit gegenüber dem Ultramontanismus im Bereiche der Möglichkeit.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Dezember.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Erledigung der Algeciras-Vorlage begründet Abg. Speck (Zentr.) seine Interpellation: ob dem Reichskanzler bekannt sei, daß auf der Eisenbahn von den schwedischen Eisenerz-Gruben nach dem Seehafen Narvik auf Anordnung der schwedischen Regierung nur so geringe Mengen Erze befördert würden, daß dadurch die Ausfuhr in vertragswidriger Weise beschränkt werde. Mit dem Wortlaute unseres Vertrages mit Schweden wäre ja allerdings ein solches Beförderungsverbot der schwedischen Regierung, oder vielmehr solche Beförderungs-Beschränkungen formell vereinbar. Denn der Vertrag schützt uns nur gegen ein Ausfuhrverbot. Aber mit dem Sinne der uns zugestandenen Konzession verträgt es sich jedenfalls nicht, daß uns Schweden so den Bezug seiner Eisenerze erschwert. Sollte Schweden damit fortfahren, so vertraue ich darauf, daß der Reichskanzler es an Gegenmaßnahmen nicht fehlen lassen wird. — Staatssekretär Graf Posadowsky legt die Verhältnisse der schwedischen Erzgruben eingehend dar. Es bestehen Vereinbarungen der in Betracht kommenden Gesellschaften mit der Bahn, die die Verfrachtung nach der See mit Rücksicht auf die beschränkte Leistungsfähigkeit der Bahn bestimmt beschränkt. Wir geben zu, daß man durch Normierung der Eisenbahntarife den ganzen Wert der Zollsätze und Handelsvertragsabmachungen beseitigen kann. Ich gebe auch zu, daß die Einfuhr schwedischer Erze im Interesse unserer Eisenindustrie im Mittelpunkte unserer gesamten Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden stand, und daß im Interesse einer ungehinderten Ausfuhr schwedischer Steine und Erze wir eine Reihe von Tarifpositionen Schweden gegenüber ermäßigt haben. Aber die schwedische Regierung hat erklärt, sie könne allein gegen die Gesellschaften im Sinne einer Aenderung der Vereinbarungen mit der Bahn nicht vorgehen, sondern nur mit dem Parlament. Das ist eine innerstaatliche Frage; aber ich benutze diese Gelegenheit und diese Interpellation, um der bestimmten Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die schwedischen gesetzgebenden Körperschaften derartige Maßnahmen treffen. (Beifall.) — Abg. Dr. Beumer (nat.-lib.) weist durch juristische schwedische Gutachten nach, daß man in Schweden selbst in dem Vorgehen der schwedischen Regierung einen offenbaren Bruch des Handelsvertrags sehe. (Hört, hört.) — Abg. Naempf (freis. Volksp.): Handelsverträge müßten loyal und ihrem Geiste entsprechend ausgeführt werden; das gelte für Schweden, aber auch für uns selbst. In Schweden beschwere man sich über unsere Eisenbahntarifpolitik gegenüber den schwedischen Pflastersteinen. Und wie stehe es gegenüber Amerika? Wenn wir jetzt daran dächten, Abgaben auf den natürlichen Wasserstraßen einzuführen, so werde uns Rußland vorwerfen können, daß wir dadurch die russische Getreideeinfuhr nach Deutschland unmöglich machen. (Sehr richtig! links.) Nur bei allseitiger loyaler Auslegung der Verträge können diese für die Entwicklung des internationalen Verkehrs von Nutzen sein. Es gelte das auch gegen die Beschränkung der internationalen Zulassung menschlicher Arbeitskräfte, die als ein „Rohprodukt" für unsere Industrie doch viel wichtiger seien als etwa die schwedischen Eisenerze. Redner wendet sich ferner gegen die seinerzeit angewendeten Ausfuhrzölle auf Kohlen, Lumpen usw. — Abg. Graf Kanitz (kons.) vertritt in bezug auf die Ausfuhrzölle gerade den entgegengesetzten Standpunkt. Wir sollten unsererseits die Ausfuhrzölle auf gewisse Rohstoffe, vor allem Kohlen, als Waffe gegenüber solchen Angriffen, wie sie jetzt von Schweden ausgehen, benützen. Das Richtigste wäre, einfach zur Tarifautonomie zurückzukehren. — Abg. Towe (freis. Vg.): Es handle sich hier nicht um Ausfuhrzölle, es liege ja auch eine Umgehung des Vertrags seitens Schweden insofern nicht vor, als lediglich die schwedische Staatsbahnverwaltung den Anträgen auf Erhöhung der Erzbeförderung nicht stattgab. Gleichwohl stimme er dem Interpellanten in dem Wunsche bei, daß dieser Beförderung von Erzen keinerlei Beschränkung aufgelegt werde. Seine Freunde wollten im Gegensatz zu Kanitz nicht eine Politik der freien Hand, sondern des freien Handels. Im Verlaufe der weiteren Besprechung, an der sich noch die Abgeordneten Gothein, Bernstein, Speck, Hue und Graf Schwerin-Löwitz beteiligen, widerspricht Direktor Körner vom Auswärtigen Amte der Gotheinschen Auffassung, als ob die schwedische Regierung illoyal verfahren sei. Diese Auffassung habe man in unserem Auswärtigen Amte nicht. Damit schließt die Besprechung. — Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß die Fleischnot-Interpellation von der Regierung am Dienstag beantwortet werde. Schluß gegen 4¾ Uhr. — Montag 3 Uhr: Algeciras-Vorlage in dritter Lesung, Urheberschutz für Photographien, Gewerbenovelle.

Berlin. (Priv.-Tel.) Kolonialkommission. Die Darlegungen über die Kriegslage in Südwestafrika ergänzt der Vertreter des Generalstabes Oberstleutnant Gohl durch folgende Ausführungen: Der Generalstab treffe seine Entschließungen auf Grund der empfangenen Meldungen vom Kriegsschauplatze. Da die Hottentotten auf Raub von Vieh angewiesen seien, das sie dann zum Teil jenseits der Grenze gegen Munition umtauschen, schaffe Oberst v. Deimling viehfreie Bezirke und gehe entsprechend mit Verfolgungskolonnen vor. So habe er die beste Aussicht, dem Kriege bald ein Ende zu machen. Die Verhandlungen würden dabei nicht abgebrochen, die Missionen seien vielmehr fortgesetzt an der Arbeit, zum Frieden zu verhelfen. Zunächst könnten die Truppen nur auf 9000 Mann verringert werden. Die Fertigstellung der Bahn werde dann weitere 1000 Mann entbehrlich machen. Herr v. Richthofen empfahl überhaupt, für die Fortführung des Krieges ein Pauschale zu bewilligen, das er mit 15 Mill. eher für zu niedrig erachtet. Dr. Arendt nimmt den vom Kolonialdirektor ausgesprochenen Gedanken einer Kolonialmiliz in einer Resolution auf, in der er auch weiter die Ausbildung einer Ersatzkompagnie im Lande zur Erwägung stellt. Dr. Semler stimmt gleichfalls dem Programm des Kolonialdirektors hinsichtlich der Milizfrage und der Landgesellschaften zu. Der Zentrumsantrag, der die bestimmte Forderung stellt, die Truppenzahl mit dem 8. April 1907 auf 2500 Mann herabzusetzen, und den Erzberger unter Bezugnahme auf die Erklärung verteidigt, daß der Widerstand der Hottentotten gebrochen sei, veranlaßt den Kolonialdirektor Dernburg zu vertraulichen Mitteilungen und zu einem entschiedenen Eingreifen gegen eine solche Stellungnahme. Der Krieg müsse unter allen Umständen zu Ende geführt werden, das verlange schon das Ansehen des Reiches. Man könne die Hottentotten unmöglich für ihren Treubruch und ihre Mordtaten noch belohnen, aber die Kolonie werde auch erst nach endgültiger Vazitizierung produktionsfähig und fiskalisch leistungsfähig sein und Nutzen bringen. Durch die Aufgabe des Südens dürften die großen, bisher gebrachten Opfer nicht in Frage gestellt werden. Der Zentrumsführer Dr. Spahn machte einen Vermittlungsvorschlag dahin: die Vorbereitungen zur Rückbeförderung zunächst bereit zu stellen, aber Oberstleutnant Quade legt eingehend dar, weshalb eine Heimsendung von Truppen im gewünschten Umfange undurchführbar sei. Auf eine Anfrage gibt Unterstaatssekretär Tweele die Auskunft, daß die Pensionsbezüge nach Beendigung des Krieges natürlich auf den ordentlichen Etat übernommen würden. Bis dahin werden sie aus Anleihen bestritten. — Fortsetzung: Dienstag vormittag.

Polnisches.

Posen. (Priv.-Tel.) Der Landrat des Kreises Kosch[illegible] hat gegen 30 Gemeindevorsteher und Schulvorstandsmitglieder wegen des Schulstreiks ihres Amtes entsetzt. Gegen den Pfarrer Hermanowski in Chognica wurde das Strafverfahren wegen Aufreizung zum Ungehorsam gegen staatliche Anordnungen eingeleitet. In Kosten müssen die katholischen Bürger jetzt 213 Prozent an Schulbeiträgen zahlen, weil infolge des Schulstreiks eine Anzahl neuer Schulkräfte angestellt werden mußte. Die Regierung in Posen hat dem vom Amte suspendierten Ratsherrn Dionysius Czczynski in Kosch[illegible] die Ausübung der Amtsverrichtungen eines Standesbeamten-Stellvertreters untersagt.

Posen. (Priv.-Tel.) Gegen die Anordnung der Kreisschulinspektoren, daß die widerspenstigen polnischen Schulkinder mit dem 14. Jahre noch nicht aus der Schule zu entlassen seien, hatte sich eine Reihe von Eltern beschwerdeführend an die Regierung gewandt. Diese hat darauf geantwortet, daß die Verordnung der Kreisschulinspektoren zu Recht erlassen sei.

Zur Lage in Rußland.

Riga. Gestern abend wurde der deutsche Pastor Tantzi in Doblem bei Riga von vier in das Pastorat eingedrungenen Revolutionären, von denen einer eine schwarze Maske trug, durch drei Revolverschüsse ermordet. Die Mörder durchsuchten alle Papiere des Pastors, nahmen aber nichts war, auch kein Geld und verschwanden.

Orlutsk. In der letzten Nacht wurde aus dem hiesigen Goldschmelz-Laboratorium mit Hilfe von Minenbomben ein 1 Pud (23 Pfund) wiegender Goldklumpen im Werte von 50000 Rubeln entwendet.

Lodz. Die Polizei hat in einer hiesigen Fabrik eine, ohne behördliche Erlaubnis veranstaltete Arbeiterversammlung aufgehoben. Drei Revolver, sowie eine Anzahl Aufrufe wurden beschlagnahmt, 40 Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter der Fabrik Posnanski haben die Bedingungen der Verwaltung angenommen. Infolgedessen ist die Schließung der Fabrik unterblieben.

Pfannenns Erbswurst!
Pfannenns Suppen! * Fabrik Radebeul 1/8.